

Fakten rund um das Gripen-Referendum

vf&bm 8.10.2013

Zwei Bündnisse gegen neue Kampfjets

Das **linke Bündnis** gegen neue Kampfjets besteht aus folgenden Organisationen und Parteien (alphabetisch geordnet):

- Alternative Liste,
- CFD
- CSP
- Schweizerischer Friedensrat
- Greenpeace
- Grüne
- GSoA
- Junge Alternative Ja!
- Junge Grüne
- Juso
- SolidaritéS
- SP

Das Linke Bündnis wird gleichermassen von SP, Grüne und GSoA gestaltet (es gibt keinen Lead, die Aufgaben werden gleichmässig aufgeteilt).

Ebenfalls hat sich unter dem Lead der GLP ein **liberales Komitee** gegen den Gripen gebildet. Es zeigt sich, dass es trotz unterschiedlicher Argumente breiten Widerstand gegen Kauf neuer Kampfjets gibt. Unser Komitee koordiniert sich aber unabhängig vom liberalen Komitee. Wir freuen uns aber über die Nein-Kampagne aus der bürgerlichen Mitte; es erhöht die Chancen für die Ablehnung des Kampfjet-Kaufs.

Sammelziel und Frist

Das Ziel des Bündnisses ist es, die erforderlichen Unterschriften bis Weihnachten gesammelt zu haben. Die Frist zur Einreichung des Referendums ist der 16.01.13. Natürlich wünschen wir uns - wie jedes Referendumskomitee - dass die Einreichung so früh wie möglich stattfinden kann, um ein klares Zeichen zu setzen.

Armeeabschaffung

Mit dem Referendum wird nicht etwas Bestehendes – und schon gar nicht die Armee – abgeschafft, sondern ein unnötiger und teurer Ausbau hinterfragt. Seit 60 Jahren bekämpfen bürgerliche Kreise jede friedenspolitische Vorlage mit dem Argument der „Armeeabschaffung“. Dabei ist es egal, was das genaue Thema oder wer der Absender ist: Ob die Initiative der SP gegen die atomare Bewaffnung der Schweiz in den 60ern, die Waffenausfuhr-Initiative des Friedensrates in den 70ern, die Rothenthurm-Initiative der Umweltverbände in den 80ern, die F/A-18-Initiative der GSoA in den 90ern oder die Waffenschutz-Initiative von 2011, hinter der selbst der Ärzteverband FMH stand: Sie alle wurden als Armeeabschaffungsinitiativen in Raten bekämpft.

Die Kosten

Der Kauf der 22 Gripen kostet 3 Milliarden Franken. Zusätzlich zu den Beschaffungskosten kommen noch einmal 3 Milliarden Franken für den Unterhalt und 3 Milliarden Franken für den Betrieb und Nachrüstungen. Das sind insgesamt 9 Milliarden Franken, die in anderen Bereichen wie beispielsweise in der Energiewende, Bildung aber auch AHV fehlen – zwar während Jahrzehnten.